

Ettablissement Wien

Metropol

CLUB 2  
Hans-Peter  
**HEINZL**  
Don. 2. Dezember 82  
Fr. 5. Dezember 82

**MUSICALREVUE:**  
**Die Affären der Valerie**  
Siehe Seite 2

**HAINBURG:**  
**Die Zeitenwende**  
Siehe Seite 8 u. 9



OPUS  
AUG  
ERKÄTZT  
Sa  
aufgetaucht!  
Sa. 4.

# HAINBURG:

# DIE ZEITENWENDE

„Es hat sich viel geändert“, mußte sogar ein ratloser Bundeskanzler nach den Vorfällen von Hainburg einbekennen. Und der Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei, Vizebürgermeister Erhard Busek, ortet „ein tektonisches Beben“ in dem Konflikt um das Donaukraftwerk, „das die politische Landschaft entscheidend verändert hat“.



Busek fordert ein generelles Umdenken in der Politik. Der Bürger habe gezeigt, daß er seine Rechte gewahrt sehen will, die Politiker hätten nun die Aufgabe, dieses Signal zur Kenntnis zu nehmen.

Für Polizeiminister Karl Blecha waren es „Rechtsradikale, bekannte Personen aus der Wiener Anarchistenszene und ausländische Berufsdemonstrierer“. Justizminister Harald Ofner forderte zwar, die Hainburg-Gegner nicht zu kriminalisieren. Für die E-Wirtschaft war die Sache freilich trotzdem klar: „Mit der Flucht in die Au entziehen sich viele Studenten vorübergehend den Strapazen des Studiums. Wer sein Studium ernst nimmt, hat keine Zeit, in der Au zu zelten.“ Der Journalist Horst Christoph, der selbst einige Tage in der Stopfenreuther Au bei Hainburg verbracht hatte, lie-

fert freilich eine völlig andere Beschreibung jener Gruppen, die in den Wochen rund um Weihnachten 1984 gewaltlosen Widerstand gegen den Baubeginn für die Staustufe Hainburg und gegen die Rodung des größten geschlossenen Auegebietes Mitteleuropas leisteten: „Die Menschen im Lager sind bunt gemischt. Die Maturantin aus Hainburg hat am Sonntag bei der Feldmesse vorsichtig bei einer Professorin gecheckt, welche Folgen das Fernbleiben vom Unterricht haben könnte. Ein HTL-Lehrer aus St. Pölten verbringt jeden unterrichtsfreien Tag hier. Ein Vorarlberger praktischer Arzt läßt sich für zwei

Tage vertreten und fährt in die Au. Ein Wiener Handelsvertreter macht am Nachmittag Kundenbesuche und ist über Nacht im Rodungsgebiet.“ Eine Mobilmachung wie diese hat Österreich kaum jemals erlebt. Breite Schichten der alpenrepublikanischen Bevölkerung fanden sich zusammen, um ihrem Unmut über die Vorgänge in der heimischen Politik Ausdruck zu verleihen. Denn Wiens Vizebürgermeister Erhard Busek, Landesparteiobmann der ÖVP-Wien und seit jeher Parade-Grüner der Volkspartei, will die Ausschützer keineswegs im traditionellen Sinn als Maschinenstürmer mißverstanden wissen.

„Das waren Mitglieder unserer Gesellschaft, die ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung eben ernster nehmen, als es so mancher Politiker abseits salbungsvoller Sonntagsreden anscheinend tut.“ Für Busek ist der Konflikt um Hainburg vielmehr „ein tektonisches Beben“, das die politische Landschaft grundlegend verändert habe: „Hainburg ist ein Symbol für den Wunsch vieler Österreicher nach einer neuen Art von Politik und die Absage an Praktiken, die haarscharf am Rechtsstaat vorbeizielten.“ Scharfe Kritik übt Busek vor allem an der Vorgangsweise der Bundesregierung. Es sei

einfach lächerlich, so Busek, zunächst ein Vorgehen an den Tag zu legen, das eindrucksvoll jedem Grundsatz der österreichischen Rechtsstaatlichkeit widerspreche, dann gegen jene Bürger, die sich dagegen wehren, Polizeischlägertrupps aufmarschieren zu lassen, um plötzlich einzuschwenken und noch immer zu hoffen, bei der Bevölkerung glaubwürdig zu erscheinen. Hainburg dürfe auch keinesfalls als reines Jugendproblem mißverstanden werden. Busek: „Selten noch hat sich eine derartige Solidarität unter den Generationen gezeigt, selten ein so einiges Miteinander.“ Dies werde auch weitreichende Auswirkungen auf die Politik der Zukunft haben. „Es wird den Regierungen jetzt schwerfallen, ehrliche und berechnete Anliegen der Jugend zu diskreditieren, wie es in der Vergangenheit oft und oft der Fall war.“

Die Politik und vor allem die Politiker müßten sich wieder darauf besinnen, daß sie Entscheidungen für die Zukunft zu treffen haben: „Und diese Zukunft ist vor allem die Zukunft der Jungen. Denn die werden noch ein Weilchen länger auf dieser Welt leben müssen als wir von der älteren Generation.“

Bestätigt sieht Busek vor allem auch die von ihm und der Wiener Volkspartei schon seit Jahren vertretene Linie in der Umweltpolitik. So hatte die Wiener Volkspartei den Bau eines Donaukraftwerkes mit dem Standort Hainburg seit jeher abgelehnt. Die drei wichtigsten Gründe:

- Durch den Bau des Kraftwerkes wird der wertvolle Auwald zerstört.
- Die Staustufe Hainburg gefährdet auch die Versorgung Wiens mit reinem Trinkwasser, da durch den Stau das Grundwasser der Lobau verunreinigt



*Lagerleben in der Au:  
ÖVP-Wien-Chef  
Busek: „Selten hat  
sich eine derartige  
Solidarität unter den  
Generationen  
gezeigt.“*



wird, das für die Trinkwasserversorgung der Bundeshauptstadt notwendig ist.

- Österreich braucht dieses Kraftwerk nicht, da auch nach Angaben der E-Wirtschaft die Stromversorgung sichergestellt ist.

ÖVP-Wien-Chef Busek hofft nun, daß der Konflikt um Hainburg Anlaß für ein grundlegen-

des Umdenken in der Politik wird. So sei es vor allem wichtig, Energie- und Umweltpolitik entsprechend zu diskutieren und in einem fruchtbaren Zusammenwirken zwischen Industrie, Wirtschaft und Umweltschützern neue Wege zu finden. „Wenn das möglich ist und wenn zusätzlich möglich ist, daß der Staat in Zukunft

mehr Rücksicht und Würdigung für die demokratisch geäußerte Meinung der österreichischen Bürger zeigt, dann haben wir aus der Hainburg-Krise, die von einer handlungsunfähigen Regierung heraufbeschworen wurde, etwas gelernt und einen Vorteil daraus gezogen“, hofft Busek.

Sonntag, 20. 1.:

## KÜNSTLER FÜR DAS KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

Alle, alle, alle sind sie für die Erhaltung der Au. Von Danzer über Bill, Werger bis zu Ambros. Auch in Deutschland ist man für Natur – das wird Konstantin Wecker demonstrieren . . .

# JETZT ERST RECHT!

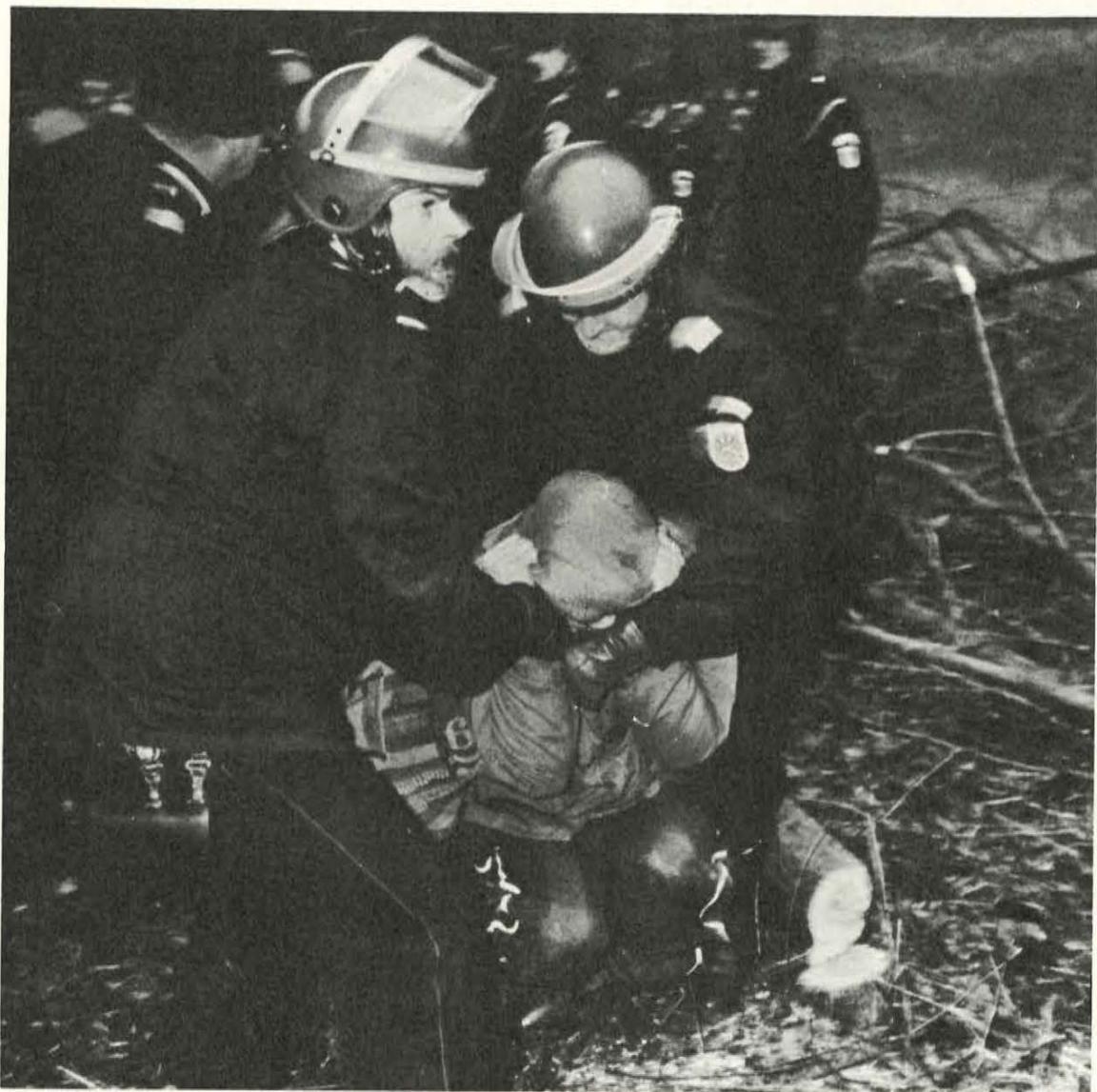


FOTO: NORBERT NOE

**Hainburg ist überall!**

**KONRAD-LORENZ-  
VOLKSBEGEHREN**

**1080 WIEN, ALSERSTR. 37  
TELEFON: 0222 / 43 59 38**

**UNTERSCHREIBEN SIE DAS VOLKSBEGEHREN  
VOM 4. BIS 11. MÄRZ IN IHREM WAHLLOKAL!**

SPENDEN ERBETEN AUF DAS KONTO BEI DER CREDIT-ANSTALT BANKVEREIN NR. 0222 07575/75